Zweite Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung unterlagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 8. September	Nr. 1172

Verlobung der Kronprinzessin der Niederlande.

Haag, 8. September. Kronprinzessin Juliane hat sich, wie amtlich gemeldet wird, mit Prinz Bernhard-Leopold zur Lippe-Biesterfeld, einem Neffen des letzten regierenden Fürsten zur Lippe, verlobt.

König Eduard in Budapest.

Budapest, 8. September. König Eduard von England traf am Dienstag auf der Durchreise von Belgrad nach Wien zu kurzem Aufenthalt in Budapest ein. Ein offizieller Empfang des Königs fand nicht statt.

Auf dem Bahnhof hatte sich der englische Gesandte mit dem Personal der Gesandtschaft, der türkische Gesandte und ein Vertreter des Ministerpräsidenten Gömbös eingefunden. Nach einer Stunde Aufenthalt verließ der Sonderzug Budapest.

Lloyd George in Stuttgart.

Stuttgart, 8. September. Lloyd George ist mit seiner Begleitung am Montag abend im Kraftwagen in Stuttgart eingetroffen. Er wird sich drei Tage in Stuttgart aufhalten, verschiedene Fabrikbetriebe, das Deutsche Auslands-Institut und Einrichtungen der Deutschen Arbeitsfront besichtigen.

Ein polnisches Dementi.

Warschau, 8. September. Von offiziöser polnischer Seite wird die Meldung von Havas dementiert, daß General Rydz-Smigly in Paris von beabsichtigten Besetzungen an der polnisch-tschechoslowakischen Grenze gesprochen haben soll. Diese Nachricht entspreche nicht der Wahrheit. General Rydz-Smigly habe über die erwähnte Frage nicht gesprochen und seine Unterredungen in Paris hätten sich ausschließlich auf die polnisch-französischen Beziehungen beschränkt; die polnisch-tschechischen Beziehungen seien nicht Gegenstand der Unterredungen gewesen.

Der Konflikt Polen—Tschechoslowakei.

Warschau, 8. September. Die tschechoslowakische Antwort auf den Protest der polnischen Regierung gegen die Hineinziehung des polnischen Konsulats in Mährisch-Ostrau in einen Sabotageprozeß hat in Warschau in feiner Weise befriedigt. Von maßgeblicher Seite wird erklärt, daß die Antwort des Prager Außenministeriums keine ausreichende Genugtuung darstelle. Es sei nicht anzunehmen, daß die Leiter der tschechoslowakischen Außenpolitik nichts von den Vorwürfen gewußt hätten, die in der Anklageschrift in Mährisch-Ostrau gegen die Vertreter eines fremden Staates erhoben würden. Auch die Behauptung, daß die tschechischen Gerichtsbehörden normal vorgegangen seien und daß die Anklage sich auf die Aussagen der Angeklagten stütze, halte keiner Kritik stand. Die Durchführung des Prozesses in Mährisch-Ostrau müsse daher als tschechische Absicht, die Beziehungen zu Polen zu verschärfen, angesehen werden.

Italiens Bedingungen für Beteiligung an der Ratstagung.

Paris, 8. September. Die außenpolitische Mitarbeiterin des Oeuvre will im Zusammenhang mit der Unterredung, die der Generalsekretär des Völkerbundes Avenol mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano hatte, erfahren haben, daß Italien verschiedene Bedingungen für die Beteiligung an der kommenden Ratstagung gestellt habe.

Die italienische Regierung fordere in erster Linie, daß die abessinische Frage nicht aufgeworfen werde. Darüber hinaus aber fordere sie noch, daß auch keine abessinische Abordnung zu den Beratungen zugelassen werde.

Der mit der Prüfung der Vollmachten des Völkerbundes beauftragte Ausschuß werde darum erklären müssen, daß die Vollmachten Abessiniens infolge der italienischen Besetzung nicht ausreichend seien, um dem Negus das Recht zuerkennen zu können, Vertreter nach Genf zu entsenden.

Ferner fordere die italienische Regierung, daß die Frage der Völkerbundsreform auf der kommenden Tagung noch nicht angeschnitten werde. Der Duce sei der Ansicht, daß diese Frage erst nach der Fünferkonferenz in Angriff genommen werden könne. Italien schlage vor, auf der kommenden Tagung einen Reformausschuß einzusetzen, der in der Zwischenzeit die verschiedenen Vorschläge sammeln könne.

Schließlich fordere die italienische Regierung noch die Aufhebung der Sperre, die gegen die italienischen Journalisten in Genf verhängt worden sei. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt seien, werde Rom sich vertreten lassen, und zwar wahrscheinlich durch Außenminister Ciano und Baron Aloisi.

Peru und Irak zur Völkerbundsreform.

Genf, 7. September. Die Regierung von Peru hat ihre Bemerkungen über die Völkerbundsreform als ausführlichen Kommentar zu den einzelnen Satzungsartikeln eingereicht. Sie beginnt mit den Bestimmungen über die Aufnahme von Mitgliedern, bei denen die Fähigkeit zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen nachgeprüft werden soll. Die Aufnahme eines Landes unter der Bedingung, daß wenige innere Reformen durchgeführt werden, habe sich als unzweckmäßig erwiesen. Andererseits dürfte der Austritt eines Landes aus dem Völkerbund nicht als politisches Druckmittel zugelassen werden.

Im Völkerbundsrat müsse der Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Mitgliedern beseitigt werden; denn die politischen Gründe, die seinerzeit zur Eingliederung eines Systems der Großmächte in die Satzung geführt hätten, seien im Laufe der Zeit weggefallen, und es sei unmöglich, in einer Organisation, wie sie der Völkerbund sein soll, den Gedanken zu verewigen, daß er den zufälligen Status quo der Verträge von 1919 und 1920 zu garantieren die Aufgabe habe.

Bezüglich des Abrüstungsartikels sei es ein Gebot der Aufrichtigkeit, anzuerkennen, daß die Völkerbundsbemühungen auf diesem Gebiete zu keinem Ergebnis geführt hätten, und demgemäß alle Bestimmungen über Abrüstungsmethode und Nachrichtenaustausch in Rüstungsangelegenheiten zu streichen. Dagegen müsse die Verurteilung der Angriffskriege in die Satzung aufgenommen werden. Dementsprechend müsse die Möglichkeit des sogenannten geduldeten Krieges aus der Satzung verschwinden. Artikel 16 müsse eine klar gestufte Aufzählung der Sanktionen erhalten und vorsehen, daß deren Anwendung nur den Staaten empfohlen werde, die sie wirksam durchführen könnten. Die Befugnis zur Anwendung militärischer Maßnahmen solle einem Staat nur auf dessen Antrag vom Völkerbundsrat erteilt werden.

Schließlich wendet sich die peruanische Denkschrift gegen die in Artikel 21 enthaltene Anerkennung der Monroe-Doktrin als Regionalabkommen. Sie sei vielmehr eine einseitige Regel der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten und von diesen auch ständig so aufgefaßt worden. Lateinamerika erkenne diese Regel für sich nicht als internationale Verpflichtung an.

Die Regierung des Irak erklärt in ihrer Note, daß man den Pakt nicht zu ändern brauche, um ihn wirksamer zu gestalten. Jedoch müsse der formale Zusammenhang zwischen dem Pakt und den Friedensverträgen gelöst werden; denn die Einfügung des Völkerbundspaktes in den Versailler Vertrag und andere Verträge habe das Ziel gehabt, die Vorteile der Siegerstaaten zu Ungunsten der Besiegten unter seinen Schutz zu stellen. Andererseits habe man sich bisher nicht wirklich bemüht, die Nachkriegssituation tatsächlich zu erörtern, die von gewissen Staaten als ungerecht empfunden werde. Vielmehr hätten gewisse Staaten die Genfer Zusammenkünfte zu Sonderzwecken und nicht zu wirklichen Verhandlungen über eine befriedigende Regelung der bestehenden Mißstände benutzt. Es müsse alles unternommen werden, um die Nichtmitglieder des Bundes zum Eintritt oder zur Rückkehr zu bewegen. Die Prüfung der Abrüstungsfrage müsse alsbald wieder aufgenommen werden, ebenso die Ausbehnung der Mandatsgrundsätze auf neue Gebiete. Das Sanktionssystem müsse regional aufgebaut werden.

Thorez fordert erneut Aufhebung des Waffenausfuhrverbot.

Paris, 8. September. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Thorez, veröffentlicht in der Humanité einen Artikel, der als Antwort auf die Sonntagsrede des Ministerpräsidenten angesprochen werden kann.

Der Artikel, in dem Thorez erneut die Aufhebung des Waffenausfuhrverbots gegenüber Spanien fordert, ist umso bezeichnender, als er nach der Unterredung geschrieben ist, die Thorez mit Blum über die Frage der Haltung der französischen Regierung hatte. Die Arbeiterklasse, so heißt es in dem Artikel, sei davon überzeugt, daß der Sieg des spanischen Volkes den Sieg der französischen Arbeiter bedeute. Alle Argumente könnten an der Auffassung des französischen Proletariats nichts ändern, daß die Blockade gegen Spanien aufgehoben werden müsse. Für den Frieden, die Freiheit und das republikanische Spanien sei die einige und der Volksfront treue Arbeiterklasse zum Kampfe bereit.

Die Michelin-Werke von Streikenden besetzt.

Paris, 8. September. In der großen Automobil-Bereifungswerkstatt von Michelin in Clermont-Ferrand trat am Montag die gesamte Belegschaft in den Streik und besetzte die Betriebe. Den Anlaß zu diesem Streik gab eine Disziplinarstrafe, die die Direktion gegen einen Arbeiter verhängt hatte. Der Arbeiter war wegen grober Arbeitsverweigerung eines Vorgesetzten auf acht Tage ausgesperrt worden. Sofort nach der Besetzung der Betriebe wurde die rote Fahne an den Eingangstoren gehißt.

Rote Fahnen auf der Kathedrale von Nancy.

Paris, 7. September. Am Montag bot sich der Bevölkerung von Nancy ein überraschendes Bild. Vom Turm der Kathedrale wehten zwei rote Fahnen. Erst gegen 18 Uhr abends gelang es einem Ingenieur, der Fachmann für Antennenanlagen ist, die beiden Fahnen herunterzuholen und an ihrer Stelle eine große Tricolore und eine Fahne in den lothringischen Farben zu hissen.

Abd el Krim nicht freigelassen.

Paris, 7. September. Der französische Kolonialminister dementiert von neuem auf das allerentschiedenste die im Ausland verschiedentlich verbreitete Meldung, wonach Abd el Krim durch die französische Regierung freigelassen worden sei.

Der französisch-syrische Vertrag.

Paris, 7. September. Zu der bevorstehenden Parapherierung des französisch-syrischen Vertrages schreibt der Temps, dieser Vertragsentwurf stelle ein ziemlich umfassendes diplomatisches Instrument dar; denn es werde der besonderen Lage Syriens Rechnung tragen müssen. Soweit es irgend angegangen sei, habe man den englischen Vertrag mit dem Irak zum Vorbild genommen.

Die Oberhoheit und die tatsächliche Unabhängigkeit Syriens würden in keiner Weise beeinträchtigt werden. Für das Libanongebiet werde ein ähnliches Abkommen vorbereitet.

Natürlich blieben alle französischen Interessen in Syrien garantiert. Der Vertragsentwurf sehe eine vorher herzustellende Uebereinstimmung zwischen Paris und Damaskus über die syrische Außenpolitik vor. Frankreich erhalte das Recht, Verbindungsoffiziere in Syrien zu stellen. Es könne eine ständige französische Militärmission bei der syrischen Regierung unterhalten. Die französischen Truppen würden in Syrien beibehalten, ohne jedoch irgendwelche Besatzungsrechte zu haben.

Es bleibe aber noch eine gewisse Zeitspanne abzuwarten, bis dieser Vertrag in Kraft treten könne. Es müßten zuvor Wahlen in Syrien stattfinden und eine Regierung gebildet werden, die dann den Vertrag zu ratifizieren hätten. Wenn sich Syrien mit Erfolg eine zeitlang selbst regiert und seine Verwaltung und seine nationalen Streitkräfte organisiert habe, dann werde sich die Frage der Uebergabe der Verantwortlichkeiten an die syrische Regierung stellen. Schließlich werde dann der Völkerbund angerufen werden, um über die Aufnahme Syriens in die internationalen Einrichtungen von Genf zu beschließen.

Englisches Einreiseverbot für französischen Marxisten.

London, 8. September. Wie Daily Herald meldet, hat das Innenministerium dem marxistischen Kammerabgeordneten Monnousseau die Einreise aus Frankreich nach England mit der Begründung verweigert, daß er gegen die britische Politik der Nichteinmischung in Spanien Stellung genommen habe. Der französische Abgeordnete war am Sonnabend in Dover eingetroffen, um der kommunistischen Sympathie-Kundgebung für die spanische Regierung in London beizuwohnen. Er mußte jedoch unverrichteter Dinge wieder nach Frankreich zurückfahren.

Moskau zum französisch-polnischen Abkommen.

London, 8. September. In dem Bericht eines Sonderkorrespondenten der Daily Mail wird ausgeführt, die neue französisch-polnische Vereinbarung beweise die Tatsache, daß die französische Regierung sich der Gefahr bewußt werde, die der französisch-sowjetrussische Pakt für Frankreich bedeute. In Moskau sei man über das neue französisch-polnische Abkommen bestürzt und verärgert. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß dieses Abkommen darauf abzuleiten, den Hauptzweck des französisch-russischen Paktes, Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu einer Einmischung auf Seiten Moskaus zu zwingen, zunichte zu machen.

Weitere Fortschritte der Nationalisten bei San Sebastian.

Lissabon, 8. September. General Queipo de Llano führte am Montag im Sender Sevilla folgendes aus: Die Haltung Frankreichs gegenüber Spanien lasse sich keinesfalls mit den von diesem Staat proklamierten Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vereinbaren; denn keiner dieser Grundsätze werde von der Madrider Regierung beachtet. Unter Freiheit werde dort Freiheit zum Morden verstanden.

Zur Nichteinmischungsfrage meinte der General, daß diese anscheinend sehr verschieden ausgelegt werde. Wie sei es sonst möglich, daß seine Truppen in Irun z. B. viele Maschinengewehre belgischen Ursprungs angetroffen hätten? Aus Barcelona sei ihm mitgeteilt worden, daß dort 7000 Ausländer eingetroffen seien, um auf Seiten der Marxisten gegen die Nationalisten zu kämpfen.

Von der Lage an den Fronten berichtete der Llano, daß an der Toledo-Front am Montag Ruhe geherrscht habe; bei San Sebastian seien weitere Fortschritte erzielt worden.

Fort Guadalupe geräumt.

Irun, 8. September. Seit Dienstag morgen herrscht in dem von den Nationalisten eroberten Gebiet von Behobia, Irun und Fuenterrabia völlige Ruhe. Die rote Besatzung des Forts Guadalupe hat, wie ein spanischer Offizier mitteilte, in der Nacht zum Dienstag die Stellung aufgegeben und sich durch die Flucht auf französisches Gebiet in Sicherheit gebracht. Der ganze Abschnitt an der französisch-spanischen Grenze ist nun von den Roten frei bis vier Kilometer vor San Sebastian. Lediglich vereinzelt in den Bergen und Schluchten versteckte Franktireurs beunruhigen noch ab und zu die Verbindungswege.

In Irun ist die Feuerwehr von Pamplona immer noch beschäftigt, die letzten Brandherde zu löschen und einigermaßen Ordnung in die Trümmer zu bringen. Gleichzeitig wird an der Wiederherstellung der Wasserleitung gearbeitet. Auch das Elektrizitätswerk wird wieder in Gang gesetzt.

Protest des nationalistischen Verteidigungsausschusses.

Paris, 8. September. Der nationalistische Verteidigungsausschuß in Burgos veröffentlicht eine Erklärung, in der er die Aufmerksamkeit des Auslandes auf die Haltung Frankreichs lenkt. Er beklagt sich über die Maßnahmen der französischen Regierung, die die Eisenbahn- und Postverbindungen mit einem Teil Spaniens unterbrochen habe, während sie die Verbindung mit dem roten Katalonien aufrecht erhalte.

Rote Milizsoldaten dürften die französische Grenze überschreiten und Flugzeuge der Madrider Regierung hätten die Erlaubnis erhalten, in Frankreich Zuflucht zu suchen, worauf sie nationalistische Grenzposten angegriffen hätten.

Der spanische Botschafter in Brasilien zurückgetreten.

Paris, 7. September. Havas meldet aus Rio de Janeiro, daß der spanische Botschafter in Brasilien, Vicente Sales, zurückgetreten ist.

Die Ratifizierung des englisch-ägyptischen Vertrages.

Kairo, 8. September. Nach einer Erklärung des Verkehrsminister Nekrasi Pascha wird das ägyptische Parlament nach Müffekir Nahas Paschas aus Kairo und in der zweiten Oktoberhälfte zur Ratifizierung des englisch-ägyptischen Vertrages zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden. Es war ursprünglich beabsichtigt, das Parlament erst Anfang November mit dem Vertrag zu befassen. Man will offenbar durch die frühere Einberufung die Ratifizierung des Vertrages vor dem Beginn der Sitzungen des englischen Parlaments erreichen. Nach der Ratifizierung soll ein Gründuch über die Vertragsverhandlungen durch die ägyptische Regierung herausgegeben werden.

Die ägyptische Presse beschäftigt sich mit der ägyptischen Opposition gegen den Vertrag. Die vorläufigen nur von der kleinen Nationalpartei Hafez Beys getragen werde. Daneben könne man jedoch sich ständig verstärkende Strömungen gegen den englischen Vertrag in allen Teilen des Volkes feststellen, die allerdings keine konkreten Formen annähmen. Man nennt Ali Fachmi Pascha, den früheren Präsidenten des höchsten ägyptischen Gerichts, als wahrscheinlichen kommenden Führer der Opposition. Diese sehe im englisch-ägyptischen Vertrag eine Verewigung des englischen Einflusses in Aegypten.

Ein Neger gelyncht.

New York, 7. September. In Dalton im Staate Georgia lynchte eine wütende Volksmenge einen eines Ueberfalls auf eine weiße Frau beschuldigten 21jährigen Neger. Die Menge stürmte das Gefängnis, zwang den Wärter, die Zellenschlüssel herauszugeben, und schleppte dann den Neger mit. Die Leiche des Negers wurde später an einem Baum hängend aufgefunden.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.